

## AKTUELL

## Heizkostenzuschuss

BREGENZ. Bezieher von Mindestsicherungen erhalten ab sofort den Heizkostenzuschuss in Höhe von 150 Euro bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft. Das beschloss gestern die Landesregierung. Damit soll jenen Menschen, die es brauchen, unbürokratisch geholfen werden, sagte Landesrätin Greti Schmid. Der Zuschuss könne noch bis 8. Februar 2013 beantragt werden.

## Familienbeihilfe

BREGENZ. Rund eine halbe Million Kinder haben in Österreich nichts von den steuerlichen Frei- und Absetzbeträgen, die von Eltern eigentlich geltend gemacht werden könnten. Zwei Drittel davon würden nicht abgeholt, da diese Vorteile nur jene Personen nutzen könnten, die sehr viel verdienen. Das sagt zumindest SPÖ-Familiensprecherin Mirjam Jäger-Fischer. Daher schlägt sie vor, diese nicht für alle nutzbaren Frei- und Absetzbeträge zu streichen. Stattdessen sollte die Familienbeihilfe verdoppelt werden. Nach Worten der Familiensprecherin sollte diese Beihilfe für 0- bis 15-Jährige auf 255 Euro pro Monat und für 15- bis 25-Jährige auf 240 Euro pro Monat angehoben werden.

## Gesetze in Begutachtung

BREGENZ. Die Entwürfe eines Gesetzes über das Landesverwaltungsgericht sowie über eine Änderung in der Landesverfassung wurden von der Landesregierung zur Begutachtung versandt. Bis 11. Dezember 2012 liegen die Texte bei Gemeindeämtern, Bezirkshauptmannschaften sowie beim Amt der Landesregierung zur Einsicht auf und können im Internet auf [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at) abgerufen werden.

## EU: Wallner spricht sich für Nettozahler-Rabatt aus

BREGENZ. In der aktuellen Diskussion um den EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 spricht sich Landeshauptmann Markus Wallner für die Beibehaltung des Nettozahler-Rabatts aus, den Österreich schon bisher innehatte. Für ihn sei es nicht nachvollziehbar, dass „wir einerseits mehr einzahlen, andererseits aber weniger an Fördermitteln erhalten sollen“.

Mit einer klaren Position in Verhandlungen zu gehen, sei noch selten von Nachteil gewesen, kommentiert er die Diskussion über den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Es würde starke Geschlossenheit signalisiert, die gerade jetzt dringend gefragt sei, um für Österreich nachteilige Entscheidungen zu verhindern. Es gehe schließlich um die Belastung als Nettozahler und um die Fördermittel für Bauern und strukturell schwache Regionen. „Eine Erhöhung des österreichischen Mitgliedsbeitrages hätte auch finanzielle Auswirkungen auf die Bundesländern“, warnt Wallner.

## MONOPOLY VORARLBERG



## Brettspiel-Klassiker

Landeshauptmann Markus Wallner zeigt sich von der „Monopoly“-Vorarlberg-Edition begeistert. Er ließ sich deshalb auch nicht lange bitten, um mit NEUE-Chefredakteur Frank Andres eine Partie zu spielen. Übrigens, das „Ländle-Monopoly“ ist ab heute um 54 Euro (NEUE-Abonnenten: 49 Euro) bei Russmedia in Schwarzach (Gutenbergstraße 1) oder bei den Geschäftsstellen in Feldkirch (Churer Straße 15), Rankweil (Alemannenstraße 47) und Bludenz (Schillerstraße 2) erhältlich. Wer sich sein persönliches Exemplar sichern will, sollte sich beeilen. Denn die Auflage ist mit 2000 Stück limitiert.

PHILIPP STEURER

# Landesregierung segnete Budget für 2013 ab

Erstmals in der Landesgeschichte werden die Abgeordneten der Grünen voraussichtlich dem Voranschlag für das kommende Jahr zustimmen.

Den Voranschlag für das kommende Jahr haben die Mitglieder der Landesregierung am Dienstag beschlossen. 2013 will Vorarlberg im bei einem Volumen von 1,55 Milliarden Euro (plus 92,7 Millionen beziehungsweise 6,36 Prozent) ohne Neuverschuldung auskommen. Um das zu erreichen, müssten 12,7 Millionen

Euro an Rücklagen aufgelöst werden, informierte Landeshauptmann Markus Wallner am Dienstag im Bregenzer Landhaus. Dem Budget werden voraussichtlich die FPÖ und – erstmals in der Landesgeschichte – auch die Grünen zustimmen.

Ausgabenschwerpunkte bilden unter anderem die Bereiche Gesundheit (362,7 Mil-

lionen Euro), Bildung, Sport und Wissenschaft (372,2 Millionen Euro) sowie Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung (329,94 Millionen Euro). Mehr als zwei Drittel der Mittel fließen diesen Budgetposten zu, sagte Wallner. Die Investitionsquote liegt bei 27,4 Prozent. Der Schuldenstand des Landes beläuft sich auf 113,1 Millionen Euro, an

Rücklagen waren zum Jahresende 2012 noch 91,5 Millionen Euro vorhanden, berichtete der Landeshauptmann bei der Budget-Präsentation.

## Weichenstellung

Als eine „Weichenstellung für die Entwicklung des Landes weit über 2013 hinaus“, bezeichnete Wallner den Voranschlag. Er nannte dabei etwa explizit die Gehaltsreform in den Landeskrankenhäusern oder auch die Investitionen in die Pädagogik und die Jugend. „Wir sparen, wo möglich, investieren, wo notwendig, und helfen, wo erforderlich“, umriss der Landeshauptmann die Absicht hinter dem Budget.

Mit den vorgelegten Eckdaten würden auch die Maastrichtkriterien erfüllt werden. Den entsprechenden Berechnungen zufolge ergebe sich ein Defizit von 8,6 Millionen Euro, erlaubt wären nach Vor-

gaben der Verantwortlichen der Europäischen Union aber 58,3 Millionen Euro. Damit leiste Vorarlberg einen positiven Beitrag zur Einhaltung des Stabilitätspakts, gab sich Wallner überzeugt.

Zwar verfügt die Volkspartei im Landtag über die absolute Mehrheit und könnte den vorliegenden Voranschlag in der Dezember-Sitzung des Landesparlaments im Alleingang beschließen. Die Abgeordneten der FPÖ sowie der Grünen hätten aufgrund von Zugeständnissen der ÖVP bei der Budgeterstellung schon ihre Zustimmung angekündigt. Die Abgeordneten der Sozialdemokraten wollen den Voranschlag hingegen ablehnen. „Wenn 33 von 36 Abgeordneten dem Voranschlag zustimmen können, darf man sich darüber auch einmal freuen“, stellte der Landeshauptmann dazu fest.

## Oppositionelle vermissen klare Positionierung

Keine Vorschusslorbeeren gibt es für die designierte Bildungslandesrätin von der Opposition.

Enttäuscht waren Vertreter von FPÖ, Grüne und SPÖ nach einem Gespräch mit Bernadette Mennel. Sie soll heute im Landtag als Bildungslandesrätin angelobt werden. Das teilten die Oppositionsparteien in Aussendungen mit.

So habe Mennel ihre Chance nicht genutzt, um eine klare Positionierung in Richtung eines modernen und zeitgemäßen Bildungssystems vorzunehmen, kritisierte etwa Silvia Benzer, FPÖ-Bildungssprecherin. „Gerade jetzt wäre es wichtig gewesen, ein klares Bekenntnis für eine Bildungsreform abzugeben und damit ein notwendiges Signal an Lehrerschaft, Eltern und Schüler zu senden“, sagte Benzer. Ihrer Meinung nach hat das gestrige Gespräch bereits das zarte Pflänzchen der Hoffnung auf bildungspolitische Veränderungen im Keim ersticken lassen.

Ähnlich enttäuscht waren auch Grünen-Klubobmann Johannes Rauch und Katharina Wiesflecker, Bildungssprecherin der Grünen. Idee des von ihrer Partei initiierten

Gesprächs sei es gewesen, Mennel zu ihrer Haltung und zu ihren Positionen zu zentralen bildungspolitischen Themen zu befragen. Dies sollte eine Entscheidungshilfe für die heutige Wahl sein. Denn mit einer Neuwahl gerade in Bildungsfragen seien auch Hoffnungen verbunden. Zudem sei der Reformdruck enorm hoch. „Bernadette Mennel konnte sich zu keiner konkreten und mutigen Ansage durchringen. Das Gespräch verlief aus unserer Sicht enttäuschend, innovative und neue Ansätze waren nicht erkennbar“, waren sich Rauch und Wiesflecker einig.

„Herb enttäuscht“ von dem Treffen waren auch Michael Ritsch sowie Gabi Sprickler-Falschlunger als Vertreter der SPÖ. Sprickler-Falschlunger kritisierte unter anderem, dass Mennel zu wenig Engagement zur Verbesserung der Situation im Bereich der Kinderbetreuung und der Schule zeige.

Einig waren sich alle Oppositionellen: Vorschusslorbeeren gibt es für die designierte Landesrätin nicht.

## Großes Interesse an Podiumsdiskussion

ALBERSCHWENDE. Groß war das Interesse an der Podiumsdiskussion am Montag über die Zukunft des Bundesheers sowie des Zivildienstes. Das teilte die ÖVP am Dienstag in einer Aussendung mit. Am Podium diskutierten neben Elisabeth Wicke (Bürgermeisterin in Mellau) Gottfried Schröckenfuchs (Brigadier a.D.), Siegi Gasser (Präsident Rotes Kreuz Vorarlberg), Josef Moosbrugger (Landtagsabgeordneter) auch Michaela Wagner (Lebenshilfe). Letztere unterstrich die Wichtigkeit des Zivildienstes

für diverse Institutionen: „Ein Großteil der Zivildienster bleibt uns nachhaltig als Mitarbeiter oder ehrenamtlicher Helfer erhalten.“

Aus Sicht von Moosbrugger ist die Vorgangsweise der SPÖ in dieser Debatte mehr als bedenklich: „Immer wieder neue Zahlen und Berechnungen über verschiedenste Modelle eines künftigen Berufsheers verunsichern die Menschen. Wenn es um die Sicherheit unseres Landes geht, erwartet sich die Bevölkerung Fakten, auf die sie sich verlassen kann.“